

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Datum: 09.06.2020

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:34 Uhr - 19:40 Uhr

Vorsitz: Michael Stötzer

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträte
Ist: 11 Stadträte

Anwesenheit

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI	
Herr Otto Günter Boden	AfD-Stadtratsfraktion	
Herr Reiner Drechsel	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion	
Herr Bernhard Herrmann	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	anwesend ab 16:50 Uhr, TOP 4, abwesend ab 19:35 Uhr, TOP 7.2
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	
Herr Thomas Scherzberg	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI	
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion	
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion	anwesend ab 17:11, TOP 5
Herr Steffen Wegert	AfD-Stadtratsfraktion	
Herr Volkmar Zschocke	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

sachkundige Einwohner

Herr Dirk Fellendorf		
Frau Julia Fischer		abwesend ab 18:00 Uhr, TOP 6.1
Frau Frauke Meier		
Herr Thomas Schuffenhauer		
Herr Dr. Jörg Schuster		

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Börries Butenop (Amtsleiter Stadtplanungsamt)
Herr Tibor Stemmler (Amtsleiter Vermessungsamt)
Dr. Frank Feuerbach (Dezernat 6)
Herr Nicolas Hamann (Stadtplanungsamt)
Frau Elisa Wolf (Stadtplanungsamt)
Herr Alexander Kirste (Tiefbauamt)
Herr Bernd Gregorzyk (Amtsleiter Tiefbauamt)
Herr Uwe Brockhaus (Grünflächenamt)
Herr Andreas Streich (Grünflächenamt)
Herr Peter Börner (Amtsleiter Grünflächenamt)
Frau Gabriele Schulze (Dezernat 6)
Herr Christian Schmidt (Stadtplanungsamt)
Herr Andreas Zimmer (Gebäudemanagement und Hochbau)
Herr Falk Reinhardt (Leiter Gebäudemanagement und Hochbau)

Gäste

Herr Sven Quinger (Petent)
Frau Linda Hüttner (Hüttner+Hüttner GbR)

Schriftführer

Herr Bert Hippmann

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Stötzer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Der Tagesordnungspunkt 6.3 wird zurückgezogen.

Herr Stadtrat Herrmann beantragt den Tagesordnungspunkt 6.2 abzusetzen da noch Klärungsbedarf besteht.

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt und der Tagesordnungspunkt verbleibt auf der Tagesordnung.

Es liegen keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.
Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich - vom 05.05.2020

Die Niederschrift liegt noch nicht vor. Es wird im nächsten Ausschuss darüber entschieden.

4 Petitionsvorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

Petition zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz im Bereich Zschopauer Straße
Vorlage: P-006/2020 Einreicher: Sven Quinger aus Chemnitz

Herr Quinger, Einreicher der Petition, fasst die Petitionsvorlage zusammen. Das primäre Ziel dieser Petition ist es das Mischgebiet in ein Wohngebiet umzuwandeln, da keine Gewerbe ansässig sind.

Herr Butenop (Amtsleiter Stadtplanungsamt Amt 61) erklärt, dass die Verwaltung empfiehlt der Petition nicht abzuweichen. Im Bereich der Zschopauer Straße auf Höhe des Südringes gebe es einen baulichen Zusammenhang. Ob und was planungsrechtlich zulässig ist entscheidet sich nach § 34 BauGB. Unabhängig, was der Flächennutzungsplan dazu darstellt. Es werde geprüft ob es mit der näheren Umgebung vereinbar sei, was in dem Fall gegeben sei. Das Anliegen, aus diesem Mischgebiet ein Wohngebiet zu machen ändere an diesem Ergebnis nichts. Wollte man daran etwas ändern, bedürfe es eines Bebauungsplans. Der Bebauungsplan regule, was zulässig sei. Die Verwaltung schlägt vor, der Petition nicht abzuweichen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein sagt, dass er durchaus verstehen kann was dem Petenten umtreibt. Der § 34 BauGB werde oft sehr frei angewandt. Die Argumente von Herrn Butenop seien nicht überzeugend.

Herr Stadtrat Herrmann bemängelt, dass den Stadträten nicht alle benötigten Informationen zur Verfügung stünden.

Herr Stadtrat Müller sagt, eine Änderung des Flächennutzungsplanes wäre nicht die Lösung, sinnvoller sei ein Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan. Er schlägt eine Abänderung der Petition vor, dass ein Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan erstellt werde.

Herr Bürgermeister Stötzer weist daraufhin, dass der Aufstellungsbeschluss über einen B-Plan eines anderen Antrages bedürfe, jetzt ist über die Petition zu entscheiden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein gibt zu bedenken, dass der Petent nicht verpflichtet ist, sich in komplexe Planungsthematiken einzuarbeiten.

Herr Butenop stellt klar, dass es nicht zielführend sei, einen Bebauungsplan zu erstellen, auch aufgrund unzureichender Personalkapazitäten.

Herr Quinger bedankt sich für den Vorschlag von Herrn Stadtrat Müller und sagt, dass zwei Grundstücke noch nicht bebaut seien. Er gibt zu bedenken, dass nichts gegen eine Änderung des Flächennutzungsplanes spreche und die Thematik mit einem B-Plan nicht gelöst ist. Im Umfeld der Zschopauer Straße hat sich in den letzten 20 Jahren viel geändert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0

5 Beschlussvorlage an den Stadtrat

Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16/02 Wohnpark Anton-Hermann-Straße, Einsiedel
Vorlage: B-033/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Bürgermeister Stötzer führt zur Vorlage ein.

Herr Stadtrat Scherzberg meldet Bedenken an, dass die Berechnung der Regenrückhaltung in diesem Bereich nach Empfehlung hin richtig aber nicht ausreichend sei. Seiner Meinung nach sei eine größere Regenrückhaltung erforderlich um einen Hochwasserschutz zu gewährleisten.

Herr Stadtrat Herrmann ist der Meinung, dass nicht alle Bedenken berücksichtigt wurden. Bei eintretendem Hochwasser ist allgemein die Regenrückhaltung unzureichend. Weiterhin bringt er an, dass sie keine Protokolle zu Sitzungen des Ortschaftsrates haben. Es gebe noch viele offene Fragen.

Herr Stadtrat Ulbrich (Ortsvorsteher Einsiedel) stellt klar, dass die Protokolle da sind, aber nicht vollständig. Über das Baugebiet wurde im Ortschaftsrat diskutiert, insbesondere zum Thema Wegerecht und Regenrückhaltung/Hochwasserschutz. Er liest die Stellungnahme des Ortschaftsrates vor. Über das Gesamtkonzept wurde bereits im Ortschaftsrat abgestimmt, es gab lediglich zwei Gegenstimmen.

Frau Hüttner (Hüttner + Hüttner GbR) sagt, dass es der Wunsch war, dass das Wohngebiet eingebettet werde und die vorhandene Wegenutzung über den Bahnübergang erhalten bliebe. Verhandlungen dazu mit der Deutschen Bahn seien gescheitert.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein erachtet den Bauplan als optimal, abgesehen von den, immer wiederkehrenden Komponenten Regenrückhaltung und Privatstraßen. Hierfür gelte es eine grundsätzliche Lösung zu finden.

Herr Dr. Schuster plädiert dafür, dass die Stadt die Wegeverbindung mit der Investorin bespreche. Ziel sei es, kurze Wege zu schaffen, durch oder neben der Gartenanlage entlang. Im Bereich der Einfahrt gebe es einen älteren Baum, welcher erhalten werden solle, dessen Wurzelbereich aber im Weg sei.

Frau Hüttner sagt, der Wurzelbereich des Baumes, eine große Linde, würde überfahren werden, die Einfahrt sei nicht verlegbar. Soll der Baum erhalten bleiben muss der Wurzelbereich weiter überfahren werden, was früher oder später zum Absterben des Baumes führen würde. Sie schlägt vor, einen Ersatzbaum zu positionieren und damit Abhilfe zu schaffen.

Herr Stadtrat Boden betont, dass der Ortschaftsrat 2019 nur unter in Anlage 1 genannten Bedingungen zustimmte, dass der Bahnübergang erhalten bleibe. Offiziell gebe es für die Zuwegung kein Wegerecht. Er möchte geklärt haben, ob es für diese Zuwegung ein Wegerecht gibt und warum Abstimmungen des Ortschaftsrates keine Beachtung finden.

Herr Stadtrat Herrmann fragt, wie man sich mit der Abstimmung zum Wegerecht verhalten solle und ob es sinnvoll wäre sich hier erst einmal zu enthalten.

Herr Bürgermeister Stötzer verweist auf die Anlage 3 Seite 11. Darin ist grafisch dargestellt, dass es die Möglichkeit gebe, über den südwestlichen Zipfel des Grundstückes eine Zuwegung zu schaffen. Einen Weg der Deutschen Bahn und einen angrenzenden Weg des Kleingartenvereins gebe es bereits. Man könnte versuchen einen Weg zur Grundstücksgrenze herzustellen.

Herr Stadtrat Scherzberg fragt Frau Hüttner, welche der geplanten Investitionen für Ersatzpflanzungen und Ausgleichsfläche, umgesetzt werden sollen.

Frau Hüttner verweist auf Anlage 4, Seite 59. In Abstimmung mit der gegenüberliegenden Gärtnerei wurden die Ausgleichsmaßnahmen, bis auf wenige Pflanzungen, bereits ausgeführt. Es wurden mehr als die geforderte Mindestmenge an Flächen entsiegelt und Gebäude abgerissen.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, er nehme gern das Angebot für einen Vororttermin an.

Herr Stadtrat Ulbrich bestätigt, dass die Ausgleichsmaßnahmen bereits im großen Stil umgesetzt wurden. Gern könne ein Besichtigungstermin vereinbart werden. Er fragt, ob dem Regierungspräsidium jetzt zugestimmt werden müsse.

Herr Bürgermeister Stötzer favorisiert eine nachbarschaftliche Lösung mit dem Kleingartenverein.

Herr Stadtrat Boden sagt, dass ein in ein Baugebiet einbezogener Weg, auch öffentlich abgesichert werden sollte und als öffentlicher Weg eingetragen sein.

Herr Stadtrat Müller sagt, dass der vorliegende Bebauungsplan rundum gelungen sei. Es habe sich viel verändert und verbessert. Seiner Meinung nach sei die Aufwertung eines Trampelpfades nicht zielführend und der Erhalt eines ungesicherten Bahnüberganges ist nicht erstrebenswert, vielmehr gehe es darum, in Verhandlungen zu treten, die Öffentlichkeit des Weges herzustellen.

Herr Bürgermeister Stötzer fasst zusammen, es gehe nun darum einen Vororttermin zu protokollieren und letztlich das Wegerecht zu klären.

Herr Stadtrat Herrmann bittet zu den Punkten des Satzungs- und Abwägungsbeschlusses um einzelne Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem
Punkt 1. Buchstabe a)

- Ord.-Nr. 1 mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 2 mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 4 mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 5, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 5, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 5, 3. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 12, mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 13, mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 16, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 16, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 16, 3. Sachverhalt mehrheitlich zu (9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 16, 4. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 17 mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 26, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 26, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 27, mehrheitlich zu (20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 29-32, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 29-32, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 29-32, 3. Sachverhalt mehrheitlich zu (9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 29-32, 4. Sachverhalt mehrheitlich zu (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung)
- Ord.-Nr. 33, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 33, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)

Punkt 1. Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 1 bei Stimmengleichheit abgelehnt (6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Herr Butenop führt aus, dass bei Stimmengleichheit der Verwaltungsvorschlag abgelehnt sei. Vorgeschlagen war eine Privatstraße. Wenn aber eine öffentliche Straße gewünscht sei, hieße das, es käme nicht zum Abwägungs- und Satzungsbeschluss. Der weitere, ergänzende Verfahrensschritt bestünde darin, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass aus der Privatstraße eine öffentliche Straße werde.

Herr Stadtrat Scherzberg sagt, dass es vor 10 oder 12 Jahren ein ähnliches Problem gab, zu welchem eine Abstimmung im Stadtrat erfolgte.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein sagt, dass zu dem Thema Öffentlichkeit von Straßen eine Grundsatzdiskussion mit allen Konsequenzen geführt werden müsse, um grundsätzliche Voraussetzungen bezüglich der Straßen, Bürgschaften usw. zu schaffen.

Herr Stadtrat Berger sagt, die Argumente seien einleuchtend, er würde seine Gegenstimme in eine Stimmenthaltung umwandeln.

Herr Stadtrat Vieweg beantragt, dass noch einmal angestimmt werde. Und mit der besprochenen Straße genauso zu verfahren, wie bei anderen Bauvorhaben welche die Problematik der Privatstraße enthielten.

Herr Stadtrat Herrmann sagt, dass es wichtig sei, das Problem der Widmung von öffentlichen Straßen zu klären.

Herr Stadtrat Boden betont, dass es an der Zeit sei, für die Problematik eine Lösung zu finden.

Herr Stadtrat Müller fordert per Geschäftsordnungsantrag, erneut über den Buchstabe c, Ordn.-Nr. 1, abzustimmen.

Herr Bürgermeister Stötzer bittet zur Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag. Diesem wird mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung zugestimmt. Die Abstimmung wird daraufhin zu Buchstabe c, Ordn.-Nr. 1 wiederholt und nachfolgend fortgesetzt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1. Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 1 mehrheitlich zu (6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen)
- Ordn.-Nr. 16 mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)
- Ordn.-Nr. 25 mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Stimmenthaltungen)
- Ordn.-Nr. 28 mehrheitlich zu (9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)
- Ordn.-Nr. 29-32, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)
- Ordn.-Nr. 29-32, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Stimmenthaltungen)

- Ord.-Nr. 33, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)
- Ord.-Nr. 33, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)

Herr Stadtrat Herrmann erklärt sein zustimmendes Abstimmungsverhalten zum Spielplatz.

- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 2. mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)
- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 3. mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)
- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 4. mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)

Beschluss B-033/2020

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität dem Stadtrat die Vorlage zu beschließen.

6 Beschlussvorlagen an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

- 6.1 Aufstellungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 20/01 "Herzogshöhe", Wittgensdorf
Vorlage: B-028/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag der Stadträte Bernhard Herrmann und Volkmar Zschocke eingereicht.

Herr Stadtrat Herrmann weist darauf hin, dass es keine Regenentwässerung gibt. Es sollten jetzt die Weichen gestellt werden in Richtung Chemnitz als Schwammstadt.

Herr Stadtrat Müller sagt, es sollte nicht so sein, jetzt bei jedem Bebauungsplan der aufgestellt werde schnell handeln zu müssen. Meist seien bestimmte durch schnelles Handeln getroffen Folgen nicht klar. Das Thema Wasser sollte für die Zukunft ein großes Thema für alle sein. Es sollten prinzipielle Vorgehensweisen gefunden werden.

Herr Stadtrat Boden meint, es sei wichtig ist einen Fachmann des Ortschaftsrates hinzuzuziehen.

Herr Butenop führt aus, dass der Ortschaftsrat Wittgensdorf der Vorlage einstimmig zugestimmt. Es sind Misch- und Schmutzwasserkanäle vorhanden. Die Regenwasserentsorgung muss durch dezentrale Rückhaltung auf den Baugrundstücken erfolgen. Er weist darauf hin, dass der Änderungsantrag dem Ausschuss zugegangen ist, dem Ortschaftsrat aber nicht vorlag. Er schlägt, anstatt einer Änderung des Bebauungsplanes, eine Ergänzungssatzung vor. Unabhängig von der

heutigen Entscheidung müsse in die Satzung eine deutliche Aussage, wie mit dem Regenwasser umgegangen werde. Derzeit gibt es keinen Regenwasserkanal und dieser werde auch nicht gebaut. Jeder Grundstückseigentümer handelt eigenverantwortlich zum Verbleib des Regenwassers.

Herr Stadtrat Vieweg plädiert dafür, dass das Thema Wasser für die Zukunft von grundsätzlicher Bedeutung sein müsse. Er bittet darum, dem nächsten Änderungsantrag zuzustimmen.

Herr Stadtrat Scherzberg widerspricht Herrn Stadtrat Müller. In einem Bauleitverfahren müsse vorneweg festgelegt werden was die Ziele seien. Er plädiert dafür, dass der TOP 6.1 an den Ortschaftsrat Wittgensdorf zurückverwiesen werde, um dort über den Änderungsantrag der Grünen zu diskutieren.

Herr Stadtrat Herrmann stimmt Herrn Stadtrat Scherzberg zu.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein sagt, dass hier wieder über Grundsatzthemen geredet werde, über welche, ebenso wie die öffentliche Widmung von Privatstraßen, gründlich diskutiert werden müsse. Dies könne nicht an einzelnen Häusern festgemacht werden. Diese Themen gehören in den Planungsausschuss, um grundsätzliche Regelungen für die Stadt Chemnitz zu schaffen.

Herr Stadtrat Boden bezieht sich auf die Anlage 3 Seite 1 und fragt, ob die rechteitige Fläche Bauerwartungsland sei. An dieser Stelle böte sich eine Verlängerung an.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass es nicht endgültig sei. Laut jetzigen Flächennutzungsplan sei es keine Baufläche. Zum Antrag von Herrn Stadtrat Scherzberg sagt er, nur bei einer Zustimmung sei eine Zurückweisung an den Ortschaftsrat sinnvoll.

Herr Stadtrat Herrmann stellt klar, es sei wichtig, dass das Konzept funktioniere.

Herr Stadtrat Scherzberg stellt den Geschäftsordnungsantrag, den gesamten Aufstellungsbeschluss zurückzuweisen.

Herr Bürgermeister Stötzer bittet um die Abstimmung, zum Geschäftsordnungsantrag, dass der Aufstellungsbeschluss ohne Änderungsantrag an den Ortschaftsrat Wittgensdorf zurückgewiesen werde.

Herr Stadtrat Müller sagt, man müsse zuvor über den Änderungsantrag abstimmen, ob der Ausschuss eine Lücke sieht. Nehme der Ausschuss es an, könne es an den Ortschaftsrat zurückverwiesen werden. Gebe es keine Mehrheit, bliebe alles so wie es ist.

Herr Stadtrat Vieweg fragt, ob mit dem Änderungsantrag dem Satzungsbeschluss Rechnung getragen werde.

Herr Butenop antwortet, es gehe hier um einen Aufstellungsbeschluss und keinen Satzungsbeschluss, um überhaupt eine Planung beginnen zu dürfen. Werde mit den Planungen begonnen, müsse man sich mit der Frage nach dem Verbleib des Regenwassers beschäftigen, da kein Kanal existiere. Eine Lösung kann erst geliefert werden, wenn es zu einem Satzungsbeschluss komme.

Herr Bürgermeister Stötzer bittet zur Abstimmung.

Abstimmung über Änderungsantrag:

4 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmung über Geschäftsordnungsantrag Rücküberweisung an Ortschaftsrat:

3 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Herr Stadtrat Dr. Füsslein merkt an, dass er nicht verstehe warum der dafür zuständige Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität dieses Thema an den Ortschaftsrat verweisen wolle.

Abstimmung über Vorlage:

12 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss B-028/2020

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1

- 6.2 Aufstellungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 20/02 "Untere Hauptstraße/Waldweg", Wittgensdorf
Vorlage: B-029/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Bürgermeister Stötzer verliest den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Stadtrat Herrmann erläutert den Änderungsantrag.

Herr Bürgermeister Stötzer erwähnt, dass der Ortschaftsrat Wittgensdorf der Vorlage einstimmig zustimmte.

Herr Butenop sagt, dass diese Satzung darauf basiere, dass der Ortschaftsrat Wittgensdorf wünsche, sich in diesem Bereich räumlich entwickeln und Eigenheime errichten zu können. Bisherige Bauanträge mussten abgelehnt werden da es sich

derzeit um einen Außenbereich handelt. Das Thema ist im Ortschaftsrat Wittgensdorf bekannt und wurde in seiner Sitzung thematisiert. Als erstes müsse dieses Gebiet aus dem Schutzgebiet entlassen werden, dies müsse die Naturschutzbehörde vornehmen. Danach könne geplant werden, auf den Flächen Bauflächen zu schaffen.

Die Satzung kann also nicht beschlossen werden solange das Gebiet Naturschutzgebiet ist. Es sei offen ob die Naturschutzbehörde das Schutzgebiet entlassen werde. Der Aufstellungsbeschluss sieht eine Ergänzungssatzung vor, den bewerteten Bereich künftig als Innenbereich auszuweisen. Die benannten Planungsziele, die Teil des Beschlusses sein sollen, führen weg von der eigentlichen Satzung. In einer Ergänzungssatzung können lediglich einzelne Festsetzungen getroffen werden. Regelungen für ein Baugebiet regelt hingegen das Bebauungsplanverfahren.

Herr Stadtrat Müller befürworte nicht, dass Flächen aus einem Landschaftsschutzgebiet ausgegliedert werden, um diese bebauen zu können. Die Frage sei, ob dies Inhalt des Änderungsantrags sei.

Herr Butenop fügt hinzu, wenn der Ausschuss der Verwaltung den Auftrag gebe, mit den Planungen zu beginnen, werde der Antrag gestellt, eine Entlassung aus dem Landschaftsschutzgebiet, zu prüfen. Werde dem zugestimmt, müsse neu beraten werden, ob eine Satzung oder ein Bebauungsplan folge.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein sagt, dass in Chemnitz keine Enge herrsche, somit das Naturschutzgebiet nicht zum Wohngebiet umgewandelt werden müsse. Mit der vorhandenen Fläche müsse sorgfältig umgegangen werden.

Herr Stadtrat Scherzberg stellt klar, dass es nicht in Ordnung sei, Flächen aus einem Landschaftsschutzgebiet auszugliedern und bittet drum, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Dr. Schuster äußert Unverständnis und schließt sich der Aussage von Herrn Stadtrat Scherzberg an.

Herr Stadtrat Boden sagt, dass das zuständige Amt prüfen müsse, ob eine Entlassung aus dem Landschaftsschutzgebiet überhaupt möglich sei.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, der Ortschaftsrat Wittgensdorf sei eine demokratische Institution und unabhängig dessen Entscheidung, sei es die Aufgabe des Ausschusses, ihm vorgelegte Beschlussvorlagen prüfen.

Herr Stadtrat Ulbrich hat sich das Gebiet vor Ort angesehen und fragt, warum hier keine Ergänzungssatzung gemacht werde. Die Grundstücke sind durchparzelliert und zum großen Teil nicht bebaut, größtenteils handelt es sich um Gärten. Es wird hier keine Landschaft zersiedelt. und warum soll nicht anstelle eines Bungalows ein Einfamilienhaus stehen. In den Ortschaften gebe es ganz viele solcher Bereiche, welche in gleicher Weise erschlossen seien, es aber insgesamt kein richtiges Baurecht für das Gebiet gibt. Derartige Gebiete sollten zur Nachverdichtung genutzt werden.

Herr Stadtrat Fritzsche sagt, es sei anzunehmen, dass sich der Ortschaftsrat Wittgensdorf intensiv mit den Parzellen befasst habe. Er schließe sich seinen Fraktionskollegen an, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, den Antrag zu stellen.

Herr Stadtrat Herrmann zieht den Änderungsantrag zurück.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein sagt, ein Außenbereich könne nicht ohne Begründung zu einem Innenbereich gemacht werden.

Herr Bürgermeister Stötzer bittet zur Abstimmung.

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen
 8 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Beschluss B-029/2020

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 5 Nein 8

- 6.3 Aufstellungsbeschluss zur 51. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz (Bereich Oberer Bahnhof im Ortsteil Wittgensdorf)
Vorlage: B-030/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

- 6.4 Änderung des Aufstellungsbeschlusses und erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 16/12 "Bahnhofsareal Altendorf" Teil A: Paul-Jäkel-Straße bis Erzbergerstraße
Vorlage: B-113/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Frau Wolf (Stadtplanungsamt; Abt. Stadtplanung) erklärt die Änderung der Verwaltung.

Herr Stadtrat Herrmann erläutert den von ihm eingereichten Änderungsantrag und fragt ergänzend, wie der Radweg weitergeführt werden soll.

Herr Stadtrat Müller fragt, wo die Stellplätze für die Bewohner sein sollen. Neben-sächlich werde erwähnt, dass diese irgendwo am Haus untergebracht werden sollen. Die Stellplätze für die Fahrzeuge der künftigen Bewohner entfallen zu lassen, hält er für unverantwortlich und nicht zukunftsfähig.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass es im Vorfeld viele Abstimmungen gegeben hat, nochmalige Änderungen wären ein falsches Signal an den Investor.

Herr Butenop sagt, der vorliegende Bebauungsplan aus dem Jahr 2018 stamme. In der neuerlichen Vorlage gehe es um den Wegfall einer kompletten Straßen-trasse. Es sind Überlegungen vorhanden, einen Teil der Stellplätze durch Tiefgara-genstellplätze zu ersetzen. In Anlage 4 Seite 2 ist eine Stellplatzfläche eingezeich-net.

Zum Radweg sagt er, das Grundstück des Netto-Marktes sei mit der Änderung des Aufstellungsbeschlusses nicht mehr Gegenstand des Bebauungsplanes. Es sei kein Platz diesen am Netto vorbei zu führen.

Eine Planung des Radweges entlang des Pleißenbaches unterliege dem Wasser-recht. Er schlägt vor, diesen entlang der Paul-Jäkel-Straße entlang zu führen.

Herr Stadtrat Boden stellt fest, dass lediglich drei Stellplätze zu wenig seien und wie sich die Stadt vorstelle, dort eine geeignete Gesamtlösung zu finden.

Frau Wolf ergänzt, dass sich im Gebiet eine weitere Stellplatzanlage befinde. Die Häuser welche am Bach stehen, erhalten eine Tiefgarage.

Herr Dr. Schuster sagt, dass es sich hier um ein urbanes Gebiet handle, in wel-chem Stellplätze nicht vordergründig sein sollten. Ihm gehe es vielmehr darum, dass der Radweg in der gewünschten Qualität gebaut werden könne. Dieser Rad-schnellweg müsse vernünftig an die Innenstadt angebunden werden. Fraglich ist wie breit dieser Radweg sein müsse, um nahe am Bachbereich gebaut werden zu können. Er möchte dieses Thema von Tiefbauamt überprüft wissen.

Herr Gregorzyk stellt klar, dass es einen Unterschied zwischen Radschnellweg und Radweg gebe. Bei Radschnellwegen lege das Land Sachsen bestimmte Bedin-gungen zu dessen technischer Ausführung fest. Diese seien dort nicht umsetzbar.

Es müsse eine Möglichkeit gefunden werden die Bahngänge komplett zu nutzen. Es werde eine Engstelle bleiben, zu welcher eine Lösung gefunden werden müsse.

Herr Stadtrat Scherzberg sagt, es gab eine Rahmenplanung Altendorf, welche für diese Fläche eine Kleingewerbeansiedlung vorsah. Später kam der Investor mit ei-ner Änderung, welcher der Geschäftsführer der CWE damals zustimmte. Die dama-lige Zustimmung der Änderung habe zur Folge, dass man sich dem Investor jetzt beugen müsse. Der Änderungsantrag der Grünen heile diese Situation nur bedingt. Weiter fragt er, wie der Bau von Tiefgaragen bei den drei Gebäuden am Pleißen-bach hochwasserrechtlich zu vertreten sei.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass der ursprüngliche Rahmenplan Alten-dorf schwieriger zu realisieren sei, als der jetzt vorliegende Plan. Die Umsetzung von Gewerbebauten im Plangebiet ist aufgrund der dort bestehenden Enge schwer-lich realisierbar.

Frau Wolf ergänzt, dass die Tiefgaragen nicht mit der Oberkante ebenerdig ab-schließen und außerhalb von den Gewässerrandstrecken liegen und somit wasser-schutzrechtlich erlaubt seien.

Herr Stadtrat Drechsel sagt, dass vorliegende Konzept gefalle ihm nicht. Auch sei noch nicht geklärt was mit der Erzberger Straße werden soll. In absehbarer Zeit müsse eine neue Brücke gebaut werden. Er werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein sagt, der Antrag müsse zurückgestellt werden und von Architekten unter Beachtung städtebaulicher Gesichtspunkte, neu überarbeitet werden.

Herr Stadtrat Vieweg befürwortet es, heute eine Entscheidung zu treffen. Weiter fragt er, wie die Fläche des Flusses entsiegelt werden soll.

Herr Stadtrat Herrmann verweist auf die kritische Hochwasserschutzlage am Pleißenbach, fehlende Stellflächen für Lastenfahräder sowie dass man bei den Radwegeverbindungen nicht von der Wegeführung am Bach zurückgehen sollte.

Herr Butenop verweist auf Anlage 3 zur Vorlage. Der Fokus sollte vorerst auf den Teil A der Vorlage liegen. Teil B, der Bereich des Netto Marktes werde vorerst ausgeklammert, es werde keine schnelle Lösung geben.

Herr Bürgermeister Stötzer bittet zur Abstimmung.

Abstimmung Änderungsantrag B-Plan:

3 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Abstimmung zur Vorlage:

11 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Beschluss B-113/2020

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
Ja 11 Nein 1 Enthaltung 1

- 6.5 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 18/10 "Borssenanger"
Vorlage: B-122/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop führt in die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Scherzberg fragt, ob es sich dann um ein Gewerbe- oder Mischgebiet handelt.

Herr Butenop sagt, dass der Bereich zwischen Limbacher Straße und Borssenanger eher ein Mischgebiet ist. Im Bereich zwischen Borssenanger und Pleißenbach handelt es sich eher um ein Gewerbegebiet.

Herr Dr. Schuster fragt, an Herrn Butenop wie er sich perspektivisch das Gebiet vorstellt. Seiner Meinung nach handelt es dort um eine sehr gute Lage für Wohnbebauung.

Herr Butenop antwortet, dass es das Ziel ist, hier eine bauliche Entwicklung nach § 34 BauGB zu befördern. Die Wohngebäude der Limbacher Straße sind überwiegend saniert und belegt.

Abstimmung: 13 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Beschluss B-122/2020

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

7 Verschiedenes

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Dr. Feuerbach berichtet anhand einer PPT-Präsentation über den aktuellen Stand des Projektes Neues Urbanes Mobilitätsbewusstsein in Chemnitz (NUMIC).

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass in der Bibliothek hinter dem Stadtverordnetensaal eine Materialprobe zum Marktbrunnen in Augenschein genommen werden kann.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Scherzberg fragt, Herrn Gregorzyk wie die Verwaltung darauf reagiert, dass der Ausgang Ost am Hauptbahnhof dem Punkt 8 der Chemnitzer Regelausbauweise widerspricht und in der Form gar nicht hätte abgenommen werden dürfen.

Herr Stadtrat Boden sagt, dass am vergangenen Montag der AGENDA- Beirat getagt hat und eines der Hauptthemen war der Waldbericht der NABU. Dazu fragt er, wie konkret die Hilfsmaßnahmen für den Forstbezirk Chemnitz und die Stadt Chemnitz aussehen. Herr Stadtrat Boden fragt ab wann hier ein Maßnahmenpaket vorliegt.

Darüber hinaus möchte Herr Stadtrat Boden wissen, wie der tatsächliche Bauzustand und Baufortgang am Gedenkort auf dem Kaßberg ist.

Herr Stadtrat Müller antwortet zum Thema Wald, dass die Bundesregierung im Rahmen bereits 500 Millionen € zur Rettung der Wälder zur Verfügung gestellt hat. Im Rahmen des Konjunkturpaketes kommen noch einmal 700 Millionen € für die Wälder dazu. Diese 1,2 Milliarden € werden dann auf die Bundesländer aufgeteilt und die Länder verteilen dieses Geld dann auf die Landkreise und Städte, je nach Schadensanfall und Waldanteil.

Herr Stadtrat Zschocke verweist auf die angepasste Förderrichtlinie Wald und Forst und dass zur Bekämpfung des Borkenkäfers jährlich 10 Millionen € zu Verfügung stehen, was das konkret für Chemnitz bedeutet kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Herr Stadtrat Zschocke fragt, warum auf der Weststraße, Kochstraße und Gustav-Adolf-Straße die Baumscheiben umgestaltet wurden. Weiterhin möchte er wissen warum die Baumschutzbügel entfernt wurden und ob diese wieder angebracht werden.

Herr Herrmann fragt hinsichtlich Baumpflanzungen an Märkten und einer diesbezüglichen Kontrolle.

8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Ulbrich** und **Herr Stadtrat Boden** bestimmt.

11.11.2020
Datum *Stötzer*
Michael Stötzer
Vorsitzender
des Ausschusses

17.11.2020
Datum *Ulbrich*
Falk Ulbrich
Mitglied
des Ausschusses

23.11.2020
Datum *G. Boden*
Otto Günter Boden
Mitglied
des Ausschusses

13.11.2020
Datum *Hippmann*
Hippmann
Schriftführer